

Freihandelsabkommen: Die Preisgabe der Kultur

Öffnung der Märkte oder Bewahrung von Vielfalt?

Es klingt eigentlich gut. Die von Finanz- und Wirtschaftskrisen geplagte Europäische Union und die Wirtschaftsmacht USA schließen ein Abkommen über die Beseitigung einiger Markthemmnisse. Die Folge: Der Handel boomt, neue Arbeitsplätze entstehen. Auf einer Veranstaltung des Berliner SPD-Kulturforums wurden jetzt erhebliche Zweifel daran laut. Aber vor allem wurde die Sorge um die Vielfalt der Kultur angesichts einer Allmacht des Marktes deutlich.



In Deutschland greift der Staat an vielen Stellen in den Markt ein. Etwa im Kulturbereich. Da müssen sich ARD und ZDF nicht im Wettbewerb behaupten, sondern finanzieren sich aus der Haushaltsabgabe. Die Mehrwertsteuer auf Bücher ist reduziert, es gibt eine Buchpreisbindung im deutschsprachigen Raum, um die Vielzahl kleinerer Buchläden zu sichern. Die Filmförderung sorgt erfolgreich dafür, dass es trotz Hollywood-Übermacht deutsche Produktionen ins Kino schaffen. Ziel ist dabei immer der Erhalt kultureller Vielfalt, die auf einem reinen Wettbewerbsmarkt keine Chance hätte.

Damit könnte bald Schluss sein, fürchtet Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats. Er forderte, ohne sich durchsetzen zu können, den Bereich Kultur wie in früheren Fällen, aus den Verhandlungen auszuklammern. Selbst wenn einige heutige Regelungen in den Verhandlungen festgeschrieben würden, wäre der Kulturbereich vor künftigen Veränderungen nicht mehr geschützt.

Frank Zimmermann, Berliner SPD-Abgeordneter, forderte Transparenz bei den Verhandlungen. Landesparlamente und Bundesrat müssten einbezogen werden. Er wies zudem auf die Wirksamkeit der UNESCO-Konvention zum Erhalt der kulturellen Vielfalt hin. Sie wurde von den USA nicht unterzeichnet, aber von Deutschland. Damit verpflichtete sie auch die Bundesregierung zu entsprechendem Handeln.

Jetzt müsse der politische Druck aufgebaut werden, forderte Olaf Zimmermann. Denn wenn in einigen Jahren ein Ergebnis der geheim geführten Verhandlungen vorgelegt werde, sei es wahrscheinlich zu spät, noch Korrekturen anzubringen. Besonders gefährlich sei es, wenn für Konzerne nicht mehr das Recht des Landes gelte, in dem sie ihre Geschäfte machen, sondern das Recht des Heimatlandes. Damit wäre etwa das deutsche Urheberrecht für Google und Amazon ausgehebelt. Sie könnten in Europa nach amerikanischem Recht agieren.

Für Frank Zimmermann liegt der entscheidende Unterschied in der Frage, wer regiert. Es gehe um die Frage, ob die Märkte nach neoliberaler Manier geöffnet werden oder ob dafür gesorgt werde, dass wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Kultur, ausgeklammert werden.

U. Horb

Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie